



über die
1. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 14.03.2006
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:35 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Marion Dydych
Herr Kaya Gercek
Herr Heiko Klanke
Frau Annette Mann

Ratsmitglieder CDU

Herr Wilhelm Kemna
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Susanne Hartmann
Frau Svenja Schnober
Herr Jörg Theis
Herr Ludger Töpfer

Beratendes Mitglied FDP

Herr Klaus-Wilhelm Nieme

Beratendes Mitglied BG

Herr Dieter Kloß

Beratende Mitglieder

Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Ludger Krampe
Frau Dr. Gabriele Krumme
Herr Kurt Reinholz
Herr Herbert Ritter
Frau Margit Werner

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Herr Jürgen Dunker
Herr Martin Evers
Herr Klaus Güldenhaupt
Herr Gerhard Peske

entschuldigt fehlten:

Frau Gabriele Bartosch
Herr Tim Anselm Bremmer
Herr Kai Brumberg
Herr Dr. Jörg Frey
Herr Ralf Hinterseer
Frau Gabriele Jäger
Herr Jan Reinholz
Frau Gertrud Sändker
Herr Burkhard Treese
Herr Frank Wecker

Frau **Dyduch** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die anwesenden Vertreter des Jugendamtes und der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Es wurde nach folgender Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Sachstandsbericht zu den Sozialraumkonferenzen und dem Landesprogramm Familienzentren Bericht der Verwaltung	
2	Mögliche finanzielle Auswirkungen des Landeshaushaltes auf die Kosten der Jugendhilfe	
3	Offene Ganztagsgrundschule Bericht der Verwaltung	
4	Förderverein für Jugendhilfe e.V.	
4.1	Bericht des Fördervereins Jugendhilfe e.V. (siehe auch Antrag der CDU-Fraktion)	
4.2	Anerkennung des Fördervereins für Jugendhilfe e.V. gem. § 75 SGB VIII als freier Träger der Jugendhilfe	5/2006

5	Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches VIII (KJHG) hier: Kindertagespflege	6/2006
6	Gesamtkonzept Sprachförderung hier: Antrag der CDU-Fraktion	8/2006
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Sachstandsbericht zu den Sozialraumkonferenzen und dem Landesprogramm Familienzentren
Bericht der Verwaltung

Herr **Dunker** erläuterte anhand eines Folienvortrages zunächst die Planungsverantwortung gem. § 80 SGB VIII. Dazu ist zum einen der Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen. Des Weiteren soll der Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und des Interesses der jungen Menschen für einen mittelfristigen Zeitraum ermittelt, die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben sollen rechtzeitig und ausreichend geplant werden.

Anschließend wurden die einzelnen Planungsschritte erläutert:

1. Informationsveranstaltung zur Funktion der Konferenzen
2. Vorstellung der einzelnen Institutionen und Darstellung der Angebote
3. thematische Darstellung der Problemlage des Sozialraumes
4. welche Angebote sind im Sozialraum notwendig
5. Vernetzung der vorhandenen Angebote
6. Aufbau der im Sozialraum nicht vorhandenen aber notwendigen Strukturen
7. Evaluation und Controlling

September 2006: Sozialräume Methler und Südkamen
Frühjahr 2007: Sozialraum Kamen-Nord-Ost
Herbst 2007: Wiedereinführung in Heeren-Werve und Kamen-Nord-West

Anschließend berichtete Herr **Brüggemann** über den Sachstand zu den Familienzentren. Zum jetzigen Zeitpunkt kann das Land noch keine entsprechende Liste vorlegen. Dies soll aber nach Bewerbungsschluss am 31.03.2006 nachgeholt werden.
Diese Thematik wurde auch in der Trägerkonferenz am 1. Februar erörtert.

Herr Brüggemann stellte die Schaffung von Familienzentren im Ansatz als richtig dar, machte aber gleichzeitig deutlich, dass kein Geld in die Einrichtungen fließt. Allerdings sei die Mehrbelastung des Personals erheblich, was zu einem Entzug von Betreuungszeiten führen könne. Die Verwaltung kritisierte, dass die Einführung nicht flächendeckend sein wird und deshalb eine Steuerung des Jugendamtes wichtig sei.

Frau **Scharrenbach** äußerte sich zu den seit 1998 stattfindenden Sozialraumkonferenzen nach wie vor kritisch, weil die CDU keinen Effekt darin erkennen kann. Es entstehe der Eindruck, dass die Verwaltung damit auch den Aufbau von Familienzentren boykottiere. Diese müssten auch nicht flächendeckend sein, sondern nur dort, wo sie sozial sinnvoll wären. Sie stellte die Frage in den Raum, ob es tatsächlich zum Entzug von Betreuung kommt.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass die Abläufe der Sozialraumkonferenzen im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wurden. Die Verwaltung werde an den Sozialraumkonferenzen (SozRK) festhalten.

Frau **Möller** merkte kritisch an, dass durch die Einrichtung eines Familienzentrums (FamZ) keine neue Klientel erreicht würde. Des Weiteren sei ein FamZ im Gegensatz zur SozRK ein trägerspezifisches Konstrukt. Die Finanzierung sei ebenfalls nicht geklärt. Auch der höhere Zeitaufwand sei durchaus kritisch zu sehen, da viele Einrichtungen keine freigestellte Leitung haben.

Herr **Klanke** sah das FamZ als schwammiges Konzept, bei dem noch vieles offen und zu klären sei. Die SozRK sei dagegen ein funktionierendes Instrument, welches eine breite Beteiligung mit guten Erfahrungen aufweist. Das Kriterium „unter einem Dach“ benötige freie Räume, die in den Einrichtungen einfach nicht vorhanden seien.

Als Vertreter der Träger teilte Herr **Ritter** die große Skepsis und sah noch erheblichen Klärungsbedarf. Die ev. Kirche prüfe zurzeit sorgfältig vorhandene Ressourcen und wolle nicht gleich mit auf den Zug springen. Bei den aktuellen Kürzungen der Landesmittel könne er sich ein FamZ nur vorstellen, wenn zusätzliche Mittel und Räume zur Verfügung gestellt werden.

Herr **Güldenhaupt** fasste zusammen, dass die Verwaltung Verbesserungen für Kinder grundsätzlich begrüße, die finanziellen Rahmenbedingungen aber passen müssten. Die vorhandenen vernetzten Strukturen seien als sehr gut zu bezeichnen.

Frau **Scharrenbach** stand der Diskussion mit Unverständnis gegenüber. Die OGS wurde seinerzeit eingeführt, obwohl das Konzept auch keine Inhalte vorwies.

Herr **Klanke** entgegnete, dass es bei der OGS konkrete finanzielle Zusagen gab, die Planungssicherheit gaben. Beim FamZ werde lediglich die Arbeit immer weiter verdichtet, aber nicht entsprechend vergütet.

Herr **Ritter** machte deutlich, dass sich die kirchlichen Träger seit Ende der 90er Jahre im Konsolidierungsstrudel befinden und stetig weniger Geld bekommen. Die Rücklagen seien auch irgendwann aufgebraucht. Die Mitarbeiter seien an ihre Grenzen gestoßen, mehr gehe einfach nicht. Mehr Bildung sei nur mit mehr Mitteln möglich.

Zu TOP 2.

Mögliche finanzielle Auswirkungen des Landeshaushaltes auf die Kosten der Jugendhilfe

Herr **Brüggemann** machte deutlich, dass allein durch den Ausstieg des Landes aus dem Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren Mehrkosten von ca. 140.000 € auf die Stadt kommen werden. Das sind gemessen an den Einnahmen aus Elternbeiträgen ca. 20 %.

Bis Mitte 2006 lege die Verwaltung ein entsprechendes Konzept vor, welches nicht über Gebühr belaste. Mit der sehr eiligen Position der Landesregierung bei der Änderung des GTK habe man weder den Kommunen noch den Eltern als Beitragszahler einen Gefallen getan.

Herr **Ritter** kommentierte die Änderung des § 17 GTK - die Kommune kann Elternbeiträge erheben - wie folgt: es herrsche künftig keine klare Linie mehr im Land, die Ruhrgebietsgemeinden hätten jetzt schon große Sorge, die Verlässlichkeit der Vergangenheit wird aufgelöst. Es wäre problematisch, wenn in zwei benachbarten Kommunen unterschiedliche Elternbeiträge erhoben würden.

Herr **Brüggemann** sagte zu, dass eine Harmonisierung mit den Nachbarkommunen angestrebt werde, dies aber durch die zum Teil unterschiedliche Positionierung sehr schwierig sei.

Frau **Scharrenbach** erklärte, dass mehr Geld durchaus wünschenswert wäre, dass sich aber auch die Eltern mehr einbringen müssten. Zudem sei eine Reformierung des GTK unerlässlich. Allerdings wurden die Mittel an anderer Stelle auch erhöht, z.B. bei der Sprachförderung.

Zu TOP 3.

Offene Ganztagsgrundschule
Bericht der Verwaltung

Herr **Güldenhaupt** berichtete über die Offene Ganztagsgrundschule (OGS), deren Konzept im März 2004 beschlossen wurde.

Aus den drei Trägern Kreissportbund, Arbeiterwohlfahrt und den Kirchengemeinden hat sich im Laufe der Zeit ein Qualitätszirkel gebildet. Zurzeit werden ca. 180 Kinder in 7 Gruppen betreut. Die vorlaufenden Investitionskosten beliefen sich auf etwa 1,5 Mio. Euro, von denen das Land ca. 1,2 Mio. Euro übernommen hat.

Die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2006/2007 sind mit z.Z. 170 Kindern wie erwartet ähnlich hoch wie im vergangenen Jahr. Die Betreuung 8-13 wird für ca. 350 Kinder weiter fortgeführt. Ab 01.08.2006 nimmt sowohl die Südschule als auch die Käthe-Kollwitz-Schule, die bereits die SIT-Betreuung durchgeführt hat, als Offene Ganztagsgrundschule an diesem Programm teil. Kommunale Zuschüsse werden aufgrund der angespannten Haushaltslage überprüft und in Abstimmung mit den Trägern neu festgesetzt.

An der KKS wird der Förderverein der Jugendhilfe Träger der OGS werden, ergänzend wird für die älteren Kinder das Programm „13 Plus“ beantragt.

Zu TOP 4.

Förderverein für Jugendhilfe e.V.

Zu TOP 4.1.

Bericht des Fördervereins Jugendhilfe e.V.
(siehe auch Antrag der CDU-Fraktion)

Herr **Güldenhaupt** leitete als Vorsitzender des Vereins ein, dass dieser 2003 mit dem Ziel gegründet wurde, flexibler auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen reagieren zu können.

Er dankte der Politik und der Verwaltung für die uneingeschränkte Unterstützung und stellte große Akzeptanz in der Bevölkerung, bei Sponsoren und den Kooperationspartnern fest.

Herr **Dunker** stellte anhand eines Folienvortrages die Aufgaben des Fördervereins für Jugendhilfe e.V. in Kamen vor. Der Verein leistet zum einen offene Kinder- und Jugendarbeit, bei der es u.a. um ergänzende Tätigkeiten in den städt. Jugendzentren geht, Angebote der offenen Jugendarbeit in Südkamen in Kooperation mit der ev. Kirchengemeinde und um Streetworkprojekte. Zum anderen bietet der Förderverein Hilfen zur Erziehung in Form von Einzelfallhilfe und niederschwelliger Hilfen in Familien, Unterstützung von Familien in ihrer Lebensorganisation und Hausaufgabenhilfe für Kinder mit besonderem Förderbedarf.

Gegründet wurde der Förderverein für Jugendhilfe e.V. am 16. Oktober 2003 und besteht derzeit aus 11 Personen. Das Ziel ist es, Kinder und Jugendliche und deren Familien zu fördern. Finanziert wird der Verein aus Zuschüssen der Stadt und Spenden.

Die Aufgaben der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Einzelnen sind Unterstützung der pädagogischen Arbeit im Jugendkulturcafé und Jugendfreizeitzentrum, dem Angebot in Buxtroff-In in Kooperation mit der ev. Kirchengemeinde Südkamen und Streetworkprojekte im Bereich Kamen-Nord-West. Zu den Aufgaben der ergänzenden Hilfen zur Erziehung gehören die Unterstützung in Familien als ergänzende Hilfe in Kooperation mit dem ASD bzw. der SPFH, die Unterstützung von Familien in ihrer Alters- und Lebensstruktur - z.Z. Kamen-Nord-West - und die Vermittlung von Jugendlichen zu Beratungsstellen und anderen Institutionen im Rahmen des Streetworkprojektes. Die Sprachförderung umfasst Sprachkurse für türkische Kinder mit besonderem Förderbedarf (bilingual) - zwei Kurse mit jeweils 8 Kindern, parallel dazu ein Sprachkurs für die Mütter und Sprachförderung im Jugendfreizeitzentrum Kamen für deutsche Kinder mit besonderem Förderbedarf.

Für die offene Ganztagsgrundschule betreuen ab 01.08.2006 drei pädagogische Fachkräfte mit insgesamt 60 Stunden die Kinder in der Käthe-Kollwitz-Schule. Honorarkräfte werden nach Bedarf eingesetzt. Es findet eine Kooperation mit den Fachdiensten des FB 51 statt.

Zu TOP 4.2.
5/2006

Anerkennung des Fördervereins für Jugendhilfe e.V. gem. § 75 SGB VIII als freier Träger der Jugendhilfe

Frau **Dyduch** bat um Abstimmung zur Anerkennung gem. § 75 SGB VIII.

Beschluss:

Der Förderverein für Jugendhilfe e. V. (FÖRJU) wird gem. § 75 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
6/2006

Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches VIII (KJHG)
hier: Kindertagespflege

Herr **Peske** verwies auf den Beschlussvorschlag über gemeinsame Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches VIII (KJHG) in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung und erläuterte den Sachverhalt.

Frau **Möller** merkte an, dass doch eine Diskrepanz zwischen der Schaffung von Anreizen für die Qualifizierung der privaten Tagespflege und des sehr niedrigen Aufwendersatzes von 2,75 € besteht.

Herr **Ritter** stellte die Frage, ob es ein bestimmtes Anforderungsprofil für Tagesmütter gäbe und ob dieses auch überprüft würde.

Herr **Peske** erwiderte, dass die Qualität seit 2002 durch entsprechende Kurse ausreichend sichergestellt sei. Darüber hinaus werden die Tagesmütter auch noch in „Erster Hilfe am Kind“ ausgebildet. Nachweise für praktizierende Kräfte sollen bis 2010 erbracht werden, bei neuen Tagesmüttern ist dieser sofort zu erbringen. Darüber hinaus wird ein polizeiliches Führungszeugnis und ein gesundheitliches ärztliches Attest verlangt. Eine Überprüfung findet durch persönliche monatliche Kontakte statt.

Frau **Dyduch** bat um Abstimmung zum Beschluss über die gemeinsamen Richtlinien.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches VIII (KJHG) in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
8/2006

Gesamtkonzept Sprachförderung
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Scharrenbach** begründete den Antrag der CDU-Fraktion zur Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes, wobei u.a. insbesondere auf eine verstärkte, verbindlichere und aktivere Einbindung der Eltern Wert zu legen sei. Darüber hinaus schloss sich die CDU der Formulierung der Beschlussvorlage an.

Herr **Güldenhaupt** erläuterte die Beschlussvorlage und gab einen Ausblick auf die aktuelle Situation, wie und in welchem Umfang Sprachförderung bei der Stadt Kamen zurzeit stattfindet. Er stellte heraus, dass alle Kinder mit Sprachdefiziten vor der Einschulung entweder in der Schule oder überwiegend in den Kindergärten Sprachförderung erhielten. Eine Ausweitung der Angebote auf 4-jährige Kinder sei aber notwendig. Hier sei aber die in Aussicht gestellte verbesserte Landesförderung abzuwarten.

Frau **Dyduch** bat um Abstimmung zum Beschluss über die Weiterführung der vorhandenen Sprachförderangebote und der Entwicklung eines Handlungskonzeptes.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorhandenen Sprachförderangebote in der praktizierten Form weiterzuführen.

Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, Sprachförderangebote über das aktuelle Angebot hinaus in Abstimmung zwischen Schule und Kindertageseinrichtung durch ein sozialräumlich bezogenes Handlungskonzept weiter zu entwickeln, soweit zusätzliche Mittel durch das Land bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1.1 Frau **Dyduch** gab einen Ausblick auf die aktuelle Situation der Anonymen Drogenberatungsstelle Unna e.V. Durch die Abmeldung der Stadt Schwerte ist eine Deckungslücke entstanden, die entweder durch Beitragserhöhung oder durch betriebsbedingte Kündigung auszugleichen ist. Dieses wurde auf der letzten Mitgliederversammlung beraten und eine Entscheidung vertagt. Ein tragfähiges Konzept für die Änderung der Organisationsstruktur wird bis Sommer 2006 erstellt. Die ADU wird es als Verein so nicht mehr geben. Die Mehrkosten werden im Hinblick auf diese Veränderung für dieses Jahr von der Stadt Kamen übernommen. Über den Ausgang der Beratungen wird in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung berichtet.
- 7.1.2 Herr **Güldenhaupt** gab die Themen bekannt, die sowohl in der Trägerkonferenz als auch in der Leiterinnenbesprechung Anfang Februar besprochen wurden. Neben Familienzentrum, Sprachförderung und Arbeitskreis „Übergang vom Kindergarten zur Schule“ ging es auch um die geplanten Gruppenschließungen zum 01.08.2006. Von der Schließung einer Gruppe auf der Lüner Höhe hat man dann doch Abstand genommen, da durch umfangreiche Renovierungen von 4 x 32 Wohneinheiten mit erheblichen Zuzügen zu rechnen sei. Über das Jahr 2006 hinaus könne man keine Aussagen treffen. Die Situation müsse aktuell und zeitnah beurteilt werden. Festzuhalten blieb noch, dass der Bedarf an Betreuung für unter 3-jährige entgegen der Auswertung einer Befragung im vergangenen Jahr deutlich zunimmt.
- 7.1.3 Herr **Peske** gab bekannt, dass die DRK-Einrichtung nach § 9 Abs. 2 GTK einen Antrag auf Änderung der Öffnungszeiten von 6.45 Uhr auf 6.30 Uhr gestellt hat. Diesem Antrag wurde zugestimmt.
- 7.1.4 Darüber hinaus teilte Herr **Peske** mit, dass das Jugendamt mit einer Kamener Familie eine Regelung über die Aufnahme von Kindern in Notsituationen getroffen hat. Es können nur vorübergehend insbesondere Kinder im Alter von 12 – 18 Jahren untergebracht werden. Diese Maßnahme ist ein weiterer Baustein der Hilfe zur Erziehung (Bereitschaftspflegefamilie) und reduziert auch die Kosten der Jugendhilfe.

7.1.5 Herr **Dunker** berichtete, dass ein Projekt der offenen Jugendarbeit die „Förderung von ehrenamtlicher Arbeit von Jugendlichen“ sei. Dabei übernehmen Jugendliche eine Art Patenschaft für einen Spielplatz.

7.2 Anfragen

Herr **Theis** fragte nach, was aus dem Projekt „Notinsel“ geworden sei und bot an, dieses in Zusammenarbeit mit Frau Dr. Kimitz aus Schwerte voranzutreiben.

Herr **Peske** erklärte, dass das Projekt „Notinsel“ aus organisatorischen Gründen ins Stocken geraten sei, in Kürze aber anliefe. Organisatoren seien Antenne Unna und die Polizei, die Verwaltung unterstütze hierbei nur. Das angebotene Engagement kann aber durchaus gerne mit eingebracht werden.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Marion Dyduch
Vorsitzende

gez. Klaus Güldenhaupt
Schriftführer